

Die Schwyzer Regierung lässt eine geringere Abflussmenge gelten

Eine versprochene Erhöhung der maximalen Abflussmenge am Vierwaldstättersee wird «bedingt» erreicht.

Bote, 15.02.2022

Andreas Seeholzer

Die Schwyzer Regierung beantragt dem Kantonsrat, das Postulat «mangelhafte Seeregulierung optimieren» für nicht erheblich zu erklären.

Mit dem Vorstoss wollte der FDP-Kantonsrat René Baggenstos wissen, warum das neue Reusswehr nicht deutlich höhere Abflussmengen zulasse, obwohl 2008 zur Abstimmung für den Neubau des Wehrs eine 30-prozentige Erhöhung versprochen worden sei.

30 Prozent versprochen, keine 20 Prozent erreicht

Wie die Schwyzer Regierung in ihrer Antwort schreibt, wird das in der damaligen Botschaft formulierte Ziel zur Abflusskapazität «bedingt erreicht». Dazu werden die Abflussmengen aus den Hochwasserjahren 2005 und 2021 verglichen: Beim Hochwasser 2005 seien 320 Kubikmeter pro Sekunde abgeflossen, beim Hochwasser von 2021 betrug der Abfluss 380 Kubikmeter pro Sekunde. Die Steigerung von 60 Kubikmetern pro Sekunde bedeutet etwas weniger als 20 Prozent, was die Schwyzer Regierung im Vergleich zur versprochenen Erhöhung von 30 Prozent als «bedingt erreicht» beschreibt.

Ereignisse wie 2021 können nicht ausgeschlossen werden

Die Beantwortung des Postulats sei mit der Reusswehrkommission koordiniert worden, heisst es in der Antwort weiter. «Von einer Anpassung des Wehrreglements wird abgeraten, da die durch die Sanierung angestrebte deutliche Abflussverbesserung erreicht und angestrebt wurde.»



Grundwasser steigt 2021 in Brunnen aus dem Boden auf.

Archivbild: Andreas Seeholzer

Wie die Regierung in der Antwort einräumt, sind Hochwasser «für die betroffenen Grundeigentümer belastend». Solche «seltene Ereignisse oder Jahrhunderthochwasser wie im Sommer 2021 können aber auch in Zukunft

nicht ausgeschlossen werden». Aufgrund der guten Arbeit der Interventionsgruppen vor Ort seien die Schäden überschaubar geblieben. Wichtig sei nun, die Bemühungen zum Rückhalt und verzögerten Abfluss von Meteor-

wasser im Rahmen von baulichen Tätigkeiten konsequent weiterzuführen. Denn mit Objektschutzmassnahmen und einer auf die Naturgefahren abgestimmten Raumnutzung liessen sich Schäden vermeiden, so die Regierung.